

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Harald B. Schäfer MdB,  
Obmann der Sozialdemo-  
kraten im Innenausschuß  
des Bundestages, wirft  
Minister Zimmermann vor,  
den Bundesgrenzschutz  
zu remilitarisieren.

Seite 1

Rudolf H. Strahm, Zentral-  
sekretär der Sozialdemo-  
kratischen Partei der  
Schweiz, erläutert die  
Folgen der gescheiterten  
Bankeninitiative.

Seite 3

Horst Peter MdB belegt,  
daß der Bundesinnenmi-  
nister neue faschistische  
Ansätze in der Bundes-  
republik vernachlässigt  
und übersieht.

Seite 5

39. Jahrgang / 103

29. Mai 1984

### Neuer Skandal beim Bundesgrenzschutz?

Der Geist Zimmermanns schlägt offenbar beim BGS durch

Von Harald B. Schäfer MdB  
Obmann der Sozialdemokraten im Innenausschuß des Bundes-  
tages

Seit Amtsübernahme von Bundesinnenminister Zimmermann häufen sich die Meldungen über Skandale beim BGS. Die langjährigen öffentlichen Forderungen der CSU nach einer Remilitarisierung des BGS tragen ihre Früchte. Wenn Meldungen des "Stern" zutreffen, wird die gegenwärtige tarifpolitische Auseinandersetzung vom BGS-Grenzschutzkommando Mitte in Kassel dazu benutzt, ein Bürgerkriegsszenario durchzuspielen, bei dem der militärische Einsatz des BGS vorgesehen wird. Die entsprechende BGS-Übung - gleichsam als Probe für den Bürgerkrieg - fand nach Bestätigung des Sprechers des Bundesinnenministers Zimmermann tatsächlich statt.

Während bislang sich alle politischen Parteien mit den Gewerkschaften darin einig waren, daß Tarifaueinander-  
setzungen ein demokratisches Grundrecht sind, und die Poli-  
zei sich bei den laufenden Tarifaueinander-  
setzungen vor-  
bildlich verhalten hat, soll nun offensichtlich geübt wer-  
den, wie junge Grenzschutzbeamte gegen streikende Metaller  
vorgehen. Wie anders sind sonst die Schießübungen unter  
ausdrücklichem Hinweis auf den Kampf um die 35-Stunden-  
Woche mit 20 mm Maschinenkanonen zu verstehen?

Die Vorgaben des Grenzschutzkommandos Mitte in Kassel vom  
11. April 1984 sind eindeutig: "In den letzten Monaten  
haben massive Demonstrationen gegen verschiedenste Gesetze  
und Verordnungen der Bundesregierung stattgefunden. Wald-  
sterben, zunehmende umweltpolitische Skandale, wie der  
Hochstskandal um die Rhein- und Mainverschmutzung, Kinder-  
sterben in der Oberpfalz, verursacht durch Pseudo-Krupp

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Veränderung  
unserer Redaktionen  
Reaktion-Dauer



oder die wachsende Zahl von Störfällen in kerntechnischen Anlagen, veranlassen weite Kreise der Bevölkerung, nunmehr immer rigorosier von der Bundesregierung, ihren Sonntagsreden endlich Taten folgen zu lassen. Der anhaltende Streit der Tarifparteien um die 35-Stunden-Woche hat das angespannte innenpolitische Klima entscheidend verschärft."

Fazit: Bürgerrechte, Bürgerproteste, das Wahrnehmen demokratischer Grundrechte soll durch den militärischen Einsatz des Bundesgrenzschutzes verhindert werden. Die Sorge, daß hier eine Art "Bürgerkriegsarmee" entstehen könnte, erhält durch das Verhalten des Bundesministers des Innern und einiger BGS-Führungsbeamten neue Nahrung.

PS: Dieser Vorgang ist vorerst der "Höhepunkt" von Skandalen im BGS. Der Geist des Herrn Zimmermann schlägt bei manchem leitenden BGS-Beamten durch. Wir erinnern: Der Kommandeur des Bundesgrenzschutzkommandos West, Wegener, fordert am 6. Juni 1983 die Einschränkung der Mitbestimmungsrechte im Bundesgrenzschutz. Der Kommandeur der Grenzschutzabteilung Mitte 2 verunglimpfte am 1. Oktober 1983 zum 20jährigen Bestehen des BGS in Bad Hersfeld politisch Andersdenkende. Schließlich: Der BGS soll zu einer Außenstelle der geheimen Dienste an der Grenze werden - so die Vorstellungen des Bundesministers des Innern zur Neuordnung der Amtshilfe zwischen BGS und dem Bundesamt für Verfassungsschutz.

(-/29.5.1984/ks/va)

+ + +



### Hat sich denn die Bankeninitiative gelohnt?

---

Der Reformprozeß wird weitergehen - Schritt für Schritt

Von Rudolf H. Strahm

Zentralsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS)

Die Bankeninitiative hat mit der Volksabstimmung ziemlich genau ihren siebenten Geburtstag verzeichnet. Im Mai 1977 ist sie von der SPS-Leitung angekündigt worden. Nun ist sie durch den deutlichen Volksentscheid vom Tisch. Der Anteil der Ja-Stimmen in den einzelnen Kantonen entspricht auffallend dem SP-Stammwähleranteil. Die von der Bankeninitiative aufgeworfenen Problemkreise werden die Politik weiterhin beschäftigen. Ja, es wird sogar so sein, daß in zehn Jahren wesentliche Teile der Initiative verwirklicht werden, und zwar auf Druck des Auslandes.

Noch vor zehn Jahren mußte sich jeder Politiker entschuldigen, wenn er das Bankgeheimnis in unserem Lande in Frage stellte. Und heute kann man politisch darüber reden. Vor einem Jahrzehnt noch war die Kapitalflucht aus Entwicklungsländern nur für einige Kenner ein Thema, und heute ist sie allgemein bekannt. Das Motto "Weniger nehmen, statt mehr zu geben" läßt sich aus den Köpfen der entwicklungspolitisch sensiblen Bürgerinnen und Bürger nicht mehr ausrotten.

Auch im Ausland hat man nach diesem Abstimmungskampf erstmals zur Kenntnis genommen, daß es in der Schweiz eine Opposition gegen die versteckte Hehlerfunktion des schweizerischen Bankensystems überhaupt gibt. Amerikanische Fernsehketten, englische, französische und deutsche Massenblätter haben erstmals eine Kontur der schweizerischen Sozialdemokratie gezeichnet, die sich vom vermeintlichen Eintopf des schweizerischen Konservatismus abhebt. Wenn man die Bankeninitiative als "Informationsprojekt im Inland" - mit dieser Bezeichnung wurde sie 1975 angeregt - beurteilt, hat sie jedenfalls in den sieben Jahren einen einmaligen Denk- und Diskussionsprozeß ausgelöst.

Ohne Bankeninitiative gäbe es heute keinen Einlegerschutz für die kleineren Ersparnisse bis 30.000 Franken. Noch im Vernehmlassungsverfahren 1983 zum Bankengesetz wettete die Bankiervereinigung gegen den Sparererschutz. Aber zeitlich schön geplant, nämlich drei Wochen vor der Abstimmung, setzte die Bankiervereinigung die diesbezügliche Konvention in Kraft. Die Sorgfaltspflichtvereinbarung für die Entgegennahme ausländischer Gelder wäre ohne Druck der Bankeninitiative nicht verlängert und verbessert worden. Bei der Bankgesetzrevision soll sie nun ins Gesetz überführt werden.

Auch im Bereich der Publizitätsvorschriften und der Meldepflichten, die in der Bankeninitiative vorgesehen waren, sind inzwischen Fortschritte erzielt worden: Die Banken müssen heute Länderrisiken der Bankenkommision melden, ebenso die konsolidierte Risikoverteilung und die Vermögensbestände in den Depots. Die Auflösung stiller Reserven müssen sie heute publizieren. All dies sind kleine realisierte Verbesserungen bei der Bankkontrolle. Mehrmals haben die Banken gegen die Verfügungen der Eidgenössischen Bankenkommision beim Bundesgericht Klage erhoben und sind dort stets abgeprallt. All dies kommt natürlich nicht an die Forderung der Bankeninitiative heran, aber es sind doch alles Schritte in dieser Richtung, - Schritte, denen weitere folgen werden.

Nun müssen die Versprechen der Initiativegegner und des Bundesrates eingelöst werden. Bürgerliche Gegner waren in allen Podiumsgesprächen um die Bankeninitiative mit folgender Argumentation in der Defensive: Auch sie seien gegen die Steuerhinterziehung und gegen die Kapitalflucht, aber man solle dies mit tauglicheren Mitteln bekämpfen.



Solche Sprüche bedeuten eine Verpflichtung. Auch der Bundesrat hat in seiner Botschaft zur Bankeninitiative in zwölf Punkten die Anliegen der Initiative auf den Gesetzesweg verwiesen.

Im Steuerbereich: Nun muß endlich in allen Kantonen das Delikt des Steuerbetrugs erfaßt werden. 18 Kantone haben für dieses Vergehen noch nie ein Verfahren eingeleitet. Aus dem Eidgenössischen Finanzdepartement ist bereits eine diesbezügliche Mahnung an die Kantone gegangen. Ebenso braucht es zusätzliche Steuerinspektoren bei der Prüfung der Firmenbuchhaltungen, denn bis jetzt wurden diese nur durchschnittlich alle dreißig Jahre einmal nachgeprüft. In den vielen Diskussionen um die Bankeninitiative hat sich gezeigt, daß die größten Steuerhinterziehungshelfen eigentlich die kantonalen Finanzdirektoren sind: Sie könnten schon lange mehr tun, wenn sie nur wollten.

Im Bereich Bankengesetzrevision: Eine Revision des Bankengesetzes ist vom Bundesrat angekündigt. Es wäre schädlich, eine Totalrevision vorzulegen, denn die bürgerlichen Obstruktionspolitiker würden eine solche Totalreform zu einem zehnjährigen Filibustern ausdehnen. Beim Aktienrecht, Kartellgesetz und Konsumkreditgesetz haben wir Beispiele solcher jahrelangen Verschleppungsmanöver im Parlament. Die Inhalte der Sorgfaltpflichtvereinbarung gehören bis zum Auslaufen der geltenden, freiwilligen Vereinbarung im Jahre 1987 ins Gesetz. Dies ist auch die Meinung der Schweizerischen Nationalbank und des Bundesrates; und dies wurde von den bürgerlichen Initiativgegnern im Abstimmungskampf hundertmal bestätigt.

Auch die von den Banken freiwillig verwirklichte Versicherungspflicht für Sparguthaben muß im Gesetz zumindest als Bundeskompetenz verankert werden, damit sie nicht plötzlich rückgängig gemacht wird. Die Verletzung des Bankgeheimnisses wird zu einem Antragsdelikt umgewandelt werden müssen.

Bei der Rechtshilfe: Die gesetzlich bereits verankerte Rechtshilfe ans Ausland beim Abgabebetrug muß nun zum Tragen kommen. Es ist zu erwarten, daß das Bundesgericht den Steuerbetrug bei den kommenden Rechtshilfefällen großzügig auslegt. Aber hier wird es noch einige Anstrengungen brauchen, weil sich die Banken und ihre Juristen auch für den Schutz zugunsten ausländischer Steuerbetrüger zu wehren beginnen. Jedenfalls ist unter den Juristen ein großer Streit um die Definition von Abgabebetrug und die Abgrenzung zur Hinterziehung im Gange.

Es ist anzunehmen, daß die Bankeninitiative in zehn Jahren im Bereiche der Rechtshilfe ans Ausland verwirklicht sein wird, und zwar auf Verlangen des Auslandes. Auf Druck der USA, durch Boykotte gegen Schweizer Banken, werden sehr bald Insidermanipulationen in der Schweiz zum Strafdelikt gemacht, was eine Rechtshilfe ermöglicht. Auch gegenüber Europa wird die Rechtshilfe mit einem Zusatzprotokoll ausgedehnt werden müssen.

Bei den Publizitätsvorschriften: Die gefährliche internationale Verschuldung wird die Behörden zwingen, von den international tätigen Banken noch größere Transparenz, Unterlegungspflichten und Abschreibungen zu verlangen. Es wäre nicht verwunderlich, wenn wegen diesen großen Risiken Bankiers noch vermehrt zur Eidgenossenschaft betteln gehen würden, um noch mehr Staatshilfen in Form von Exportrisikogarantien, Finanzhilfekrediten und Schuldenkonsolidierungen zugunsten des wackligen Schuldengebäudes zu erlangen.

Es ist für viele Jahre das letzte Mal gewesen, daß die Fragen von Steuergerechtigkeit, Kapitalflucht und Bankenmacht in einer solchen Kampagne thematisiert werden konnten. Die Diskussion wird noch lange nachwirken. Der Reformprozeß geht weiter, gegen Widerstände natürlich, aber doch Schritt für Schritt. (-/29.5.1984/ks/va)

+ + +



## Zimmermann ignoriert den neuen Faschismus

Die französischen Biologen haben auch hierzulande Anhänger gefunden

Von Horst Peter MdB

Bei der Vorlage des Verfassungsschutzberichtes erklärte Bundesinnenminister Zimmermann, die Diskussion über die Treffen der SS-Traditionsvereine langweile ihn. Wir können diesen Gemütszustand des Ministers nicht teilen. Im Gegenteil, uns beunruhigt, daß ihn das Thema langweilt. Während sich die Dienste der Bundesrepublik wohl anderswo kurzweil verschaffen - etwa bei der Kniffelarbeit, Verbindungen zwischen der Friedensbewegung und "Moskau" zu konstruieren - bemüht sich eine neue Generation in- und ausländischer Faschisten um die Rekonstruktion faschistischer "Theorie"-Bildung und faschistischer Verbände.

Der neue Faschismus bemüht sich um eine wissenschaftliche Fundierung. Er hat sich das Gewand eines naturwissenschaftlich-anthropologisch argumentierenden Biologismus zugelegt. Er übernimmt dabei Versatzstücke aus den Theorien seriöser Wissenschaftler (Lorenz, Steinbuch, Eysenck). Die, die den Massenmördern von Auschwitz ihr geistiges Rüstzeug verschafften, praktizierten ebenfalls diese Methode.

Erschreckend ist, daß diese Variante faschistischen Denkens sogar im bürgerlich-liberalen Lager in gewisser Weise verfängt. Ein "Zeit"-Beitrag von Dieter E. Zimmer kommt zwar nicht zu den radikalen Konsequenzen der eigentlichen faschistischen Theoretiker, aber für ihn ist die biologische Frage von zentraler Bedeutung. Nach Zimmer leiden wir an unserer naturbedingten, zum Teil auch umweltbedingten Ungleichheit. Für Zimmer ist es klar, daß der Mensch als "biosoziales Wesen" einem sinnvollen biologischen Regelmechanismus unterworfen ist, schließlich gebe es doch Rassen-, Geschlechts- und Intelligenzunterschiede. Als Liberaler schränkt er natürlich ein. Die Kontroverse "umwelt- oder erbbedingt" ist für ihn noch nicht endgültig entschieden, aber solange diese Entscheidung nicht gefallen ist, sollte von der naturbedingten Ungleichheit der Menschen ausgegangen werden.

Unbestrittenes Zentrum des neuen, biologisch argumentierenden Faschismus ist Frankreich. Dort wurde mit der Gründung des "Groupement de Recherches et d'Etudes pour la Civilisation Européenne (GRECE) der "Grundstein für eine europäische Theoriebildung des Faschismus gelegt" (Mario Damolin). GRECE propagiert unter Rückgriff auf Moeller van den Bruck, Spengler, Schmitt, Nietzsche und Darwin ein "Europa der Eliten", "Rassenselektion durch gesunde Genetik", die Neubegründung des "Elitedenkens" (!). In Frankreich existiert inzwischen eine durchorganisierte, auch intellektuelle, Infrastruktur des Faschismus. Die Parteien des bürgerlichen Lagers finden sich zu Wahlabsprachen mit faschistischen Organisationen bereit.

Mit tatkräftiger Unterstützung der französischen Kumpane hat sich der neue Faschismus inzwischen auch in der Bundesrepublik etabliert. 1981 gründete ein Pierre Krebs in Kassel das "Thule-Seminar - Arbeitskreis für die Erforschung und das Studium der europäischen Kultur e.V." Schon die Firmierung ist eindeutig: Sie lehnt sich nicht nur an das Vorbild GRECE an, sondern erweckt auch Erinnerungen an eine Organisation ähnlichen Namens in der Weimarer Republik: Der "Thule-Orden" zählte Hitler und Rosenberg zu seinen Mitgliedern. Dort verschafften sich die späteren Massenmörder ihr geistiges Rüstzeug.



Auch der Autorenkreis eines vom Thule-Seminar verlegten Sammelbandes gibt dem, der des Lesens kundig ist, eindeutige Fingerzeige: Das Vorwort des Bandes, "Das unvergängliche Erbe. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit" (!) lieferte H.J. Eysenck, Beiträge lieferten Mohler, Alain de Benoist, der Chefideologe der französischen "Nouvelle Droite", sprich GRECE, Jaques de Mahieu, ein französischer Altfaschist, der nach dem Kriege wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt wurde, Guillaume Faye, Abteilungsleiter bei GRECE, Jürgen Rieger, Herausgeber der "Neuen Anthropologie" und Erfinder einer spezifischen Form der Auschwitz-Lüge: In einem Prozeß 1981 erklärte Rieger das Warschauer Ghetto mit der Bekämpfung einer Typhus-Epidemie.

Die deutschen Verfassungsschutzorgane sind nicht in der Lage, diese Entwicklung zu erfassen und zu bewerten. In den VS-Berichten 1979 und 1980 wurde die Feststellung getroffen, das die "Nouvelle Droite" auf deutsche Faschisten eine besondere Anziehung ausübe. In den Jahren danach müssen die VS-Beamten diese Entwicklung aus den Augen verloren haben. In den Berichten 1981 und 1982 werden die Kontakte zwischen deutschen und französischen Faschisten nicht mehr erwähnt. Aus dem Bericht 1981 flog der Hinweis auf Kontakte zwischen Benoist und der "Gesellschaft für biologische Anthropologie" bei der Endredaktion des Berichtes hinaus. Im Vorabdruck des Berichtes war er noch enthalten. Staatssekretär Spranger begründete dies damit, daß "nur bedeutsame Sachverhalte, die im Berichtsjahr festgestellt werden konnten", erwähnt würden.

Die Gründung des Thule-Seminars erfolgte im Jahre 1981. In diesem Jahr konnte der VS keine bedeutsamen Sachverhalte feststellen. Auch einer Bewertung des Thule-Seminars als deutschem Stützpunkt der von Frankreich inspirierten Bemühungen um eine europäische Theoriebildung des Faschismus kann Spranger nicht folgen: "Der Bundesregierung liegen zur Zeit keine Erkenntnisse vor, die eine Bewertung in (diesem) Sinne zulassen." Obwohl aus dem Autorenverzeichnis des Thule-Sammelbandes eindeutig die Verbindungen zur Nouvelle Droite ersichtlich sind, "erübrigt" sich für den Staatssekretär eine Bewertung der Kontakte zwischen Thule-Seminar und Nouvelle Droite.

Um diese Sachverhalte festzustellen, müßte der VS noch nicht einmal verdeckte Agenten einsetzen. Lesende Beamte im Innendienst würden genügen. Das Thule-Buch ist frei zugänglich, und bereits im März 1982 erschien in der Zeitschrift "Psychologie heute" ein umfassender Bericht von Mario Damolin über diese Sachverhalte. Aber vielleicht legen die VS-Beamten Artikel dieser Art eilfertig unter der Rubrik "Linksextremismus" ab?

Eine Bewertung der Schläfrigkeit und Nachsicht gegenüber den neuen Faschisten in den Führungsetagen des Bundesinnenministeriums erübrigt sich nicht. Denn der neue Faschismus bemüht sich nicht nur um die Erneuerung der Theoriebildung, sondern auch um die Schaffung einer organisatorischen Struktur für die Bildung einer zukünftigen Massenorganisation. In der Kühnen-Bande (ANS/NA) und der Hoffmann-Bande (Wehrsportgruppe) zum Beispiel sind die Kerne zukünftiger faschistischer Massenorganisationen, die zukünftigen Bürgerkriegstruppen, zu erkennen. Nach langem Drängen der Demokraten in diesem Lande mußten beide Organisationen verboten werden. Den Faschisten ist es noch nicht gelungen, diese Kerne mit den Denkstuben des Faschismus in einer einheitlichen Organisation zu verknüpfen, rege terroristische (München 1980) und werbende Aktivitäten dieser Gruppen können jedoch registriert werden. Ermutigt werden die neuen Faschisten durch das ungestörte Treiben der Traditionsverbände der alten Faschisten.

Langmut befällt die Spitze des Bundesinnenministeriums beim Thema "alter Faschismus", Langmut befällt diese Herren beim Thema "Faschistische Theoriebildung", Nachlässigkeit kennzeichnet ihr Verhalten gegenüber den organisatorischen Kernen des Faschismus.



Darin ist ihr die bayrische Staatsregierung ein unübertreffliches Vorbild. Der spezifisch bayerische Beitrag zu diesem Thema ist in der von Strauß geäußerten Vermutung, Moskau und der Pankower Staatssicherheitsdienst steuerten den Faschismus in der Bundesrepublik, zu sehen.

Die faschistischen Kerne bemühen sich bei ihren Versuchen, neue Mitglieder zu werben, besonders um Jugendliche. Ein Ansatzpunkt sind die Fanclubs von Fußballvereinen. Bekannt sind Kontakte zwischen solchen Fanclubs und der Kühnen-Bande, aber auch der NPD und deren Jugendorganisation. Besondere Erfolge wurden in Hamburg, Berlin und München erzielt. Indiz für diese Entwicklung ist das sinkende Durchschnittsalter in den faschistischen Organisationen. Dieses liegt nach Angaben des bisherigen Hamburger Innensenators, Alfons Pawelczyk, inzwischen unter 20 Jahren.

Daß indes die bayerische Staatsregierung aus dieser Entwicklung seit dem Verbot der Hoffmann-Bande nichts dazu gelernt hat, beweist das Verhalten der bayerischen Behörden gegenüber neuentstandenen Wehrsportgruppen. Im Raum Kempten existieren zwei neugebildete Gruppen dieser Art. Sie veranstalten Planspiele für Sprengstoffattentate, roben durch den Wald, schießen auf Pappköpfe, verfügen über handgefertigte hochexplosive Substanzen und die Mitglieder wollen sich "fit machen" für die Bundeswehr. Für eine der Gruppen lassen sich Kontakte bis nach Hessen und zur Bande von Michael Kühnen nachweisen. Die örtlichen bayerischen Behörden sehen "keinen Anlaß zur Beunruhigung"; sie hätten die Entwicklung "im Auge", es handele sich doch nur um "kindliche Räuber- und Gendarmspiele". Nach Ansicht der bayerischen Staatsregierung beruhen auch die Motive der angeblichen Fußballfans "auf Angeberei". Die ermittelnden Behörden können dann auch keine Verbindungen zu Faschisten feststellen, Verstöße gegen das Waffengesetz werden als Routinefall behandelt.

Da diese Behörden in dieser Weise alles im Griff haben, können sie auch auf die tätige Mithilfe von Demokraten verzichten. Die Polizei verweigerte die Annahme von Tonbandaufzeichnungen von Gesprächen, in denen Sprengstoffattentate auf das DGB-Haus, ein Ausländerheim, die Büros von Grünen und Falken durchgespielt wurden. Der Anbieter soll von der Polizei darauf aufmerksam gemacht worden sein, daß er sich wegen Verletzung des vertraulichen Wortes strafbar gemacht habe.

Wieder erkennen wir hier das Geißler-Syndrom, das Opfer wird verantwortlich gemacht. Der Überbringer einer schlechten Nachricht, nicht der Verursacher, wird verfolgt.  
(~/29.5.1984/ks/va)

+ + +

